

Vorwärts

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis: 3,50 Mark monatlich, 1,10 Mark wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Einzelnummern in die Post: 5 Pf. für Deutschland und Österreich, Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Dänisch-Westindien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die festgesetzte Zeilenbreite über deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungs-Artikeln 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (ausdrücklich festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Einleitungs- und Schlusszeilen zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 69.
 Geschäftsführer: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Montag, den 24. August 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 69.
 Geschäftsführer: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Gegen die Barbarei.

Wir hören von Greueln unserer Gegner. Hinterlässen wurden unsere Truppen von Zivilisten beschossen, Schandtaten ärgster Art sollen selbst noch an Verwundeten verübt worden sein. Soweit diese Meldungen auf Wahrheit beruhen — Uebertreibungen sind wohl dabei — wird keiner sein, der diese Ausschreitungen nicht aufs schärfste verurteilt und sie ungestraft wissen wollte. Aber dürfen wir es dulden, daß sich darüber nun auch bei uns der Ruf nach mittelalterlicher Barbarei erhebt, die unsere Kultur repräsentieren wollen, von Organen der Barbarei Schwärmen und ganze Systeme aushecken, um den „Nachkrieg“ zu organisieren.

Man dürfe zunächst vielleicht glauben, es handle sich bei solchen Verlangens um die blutigen Phantasien eines einzelnen krankhaft veranlagten Hirnes; aber es scheint, daß ganze Schichten unter jenen Leuten, die unsere Kultur repräsentieren wollen, von Organen der Barbarei Schwärmen und ganze Systeme aushecken, um den „Nachkrieg“ zu organisieren.

Was Recht und Sittlichkeit! Vergleichen Bedenken eine „große Nation“ nicht. So klingt es jetzt wieder aus einem Leitartikel der „Berliner Neuesten Nachrichten“. Sie verlangen, daß sofort alle Vertreter der Behörden in Brüssel — ein einziger, der zweite Bürgermeister, wird gnädig ausgenommen — verhaftet und in Untersuchung gezogen werden, um das zu bücken, was, nach teilweise höchst unsicheren Berichten, vom Vöbel gefordert worden sein soll. Sie verlangen, daß der besetzten Stadt sofort eine „Strafkontribution“ von einer halben Milliarde, von 500 Millionen Mark aufgelegt werde und daß alle Vorräte des eroberten Landes requiriert werden, ohne daß man der Bevölkerung einen Pfennig bar dafür bezahlt.

„Mit Mühe, wo wir die Fabriken für uns arbeiten lassen, möchte es noch mit den lebenswichtigen Mitteln und Wegen hingehen. Von jetzt aber gilt nur noch unser uneingeschränktes Interesse. Mit diesem Interesse unterstützen wir jetzt nur die Volkswirtschaft und die Märkte unserer Feinde, die darauf sind täglich neue Feinde gegen uns ins Feld zu führen. Großzügigkeit wird heute Preisgabe der eigenen Interessen.“

Aber der Gipfelpunkt kommt erst noch: Verjagung aller Bewohner der eroberten Lande aus ihren Wohnsitzen. Man glaubt, den hellen Wahnsinn zu hören. Aber nein, so steht es da:

„Wir bitten unsere Kriegsführung von neuem, die Frage zu erwägen: Ob nicht die Ausräumung aller besetzten Landstriche von allen Einwohnern eine dringliche Forderung sei. . . . Rotwundige bürgerliche Dienstleistungen in diesen Gebieten können durch freiwillige Helfer aus der Heimat — irgendwie uniformiert — besorgt werden, wie Jungdeutschland ja schon bisher bei dem Transport Verwundeter aus Belgien in die Heimat geholfen hat. Alles, was in Zivilkleidung sichtbar wird, 24 Stunden nach Erlaß des Ausräumungsbefehls in dem unter Bann des feindlichen Landstrich, gilt als Spion und wird ohne weiteres erschossen. Die „Ausräumung“ geschieht natürlich immer noch der Front der feindlichen Truppen zu. Die mögen ihre Landleute und heimlichen Missethäter und Mordrinnen selber ernähren.“

Nicht nur militärisch, sondern auch verwaltungsmäßig und diplomatisch wünschen wir endlich im Stile einer großen Nation besetzen und geführt zu werden,“ schreiben die „Berl. Neuesten Nachrichten“. Die Befolgung ihrer Vorschläge, woran freilich keine verantwortliche Stelle denkt, würde uns wahrlich diesen Ruhm einbringen! Sie würde uns in den Augen der Welt noch höher stellen als selbst die große Nation der Kosaken! Keiner mehr würde zweifeln können, daß wir diesen Krieg führen „im Interesse der Kultur“.

Aber es bedarf ja nicht erst der Befolgung jener blutrünstigen Pläne, wie sie kürzlich das „Deutsche Offiziersblatt“ und jetzt das „Scharfmacherorgan“ anführen. Es genügt, daß diese und ähnliche Vorschläge in die Öffentlichkeit dringen. Sind denn diese Patrioten so sehr jeglichen Verantwortlichkeitsgefühles bar, daß sie gar nicht bedenken, welche Wirkung sie mit ihren Vorschlägen und ihren Schwelgereien in bestialischen Phantasien im Auslande ausüben? Spüren sie gar nicht, wie sie jenen Leuten Material liefern, die unter unseren Gegnern alles versuchen, um die Bevölkerung gegen uns aufzuheizen und sie zum letzten Verzweiflungskampf zu treiben? Ahnen sie gar nicht, wie dort ihre Äußerungen verbreitet werden und dazu verhelfen, daß hunderte, tausende unserer Soldaten hingeopfert werden? Machen sie sich gar nicht klar, wie derartige Ausbrüche der Barbarei auch die heute noch neutralen Staaten beeinflussen müssen? Vielleicht lesen sie einmal die auswärtige Presse, soweit sie noch ins Land kommt. Dann wird ihnen vielleicht doch ein Licht aufgehen, welche Gefahren sie mit ihrem unentschuldigten Treiben über uns heraufbeschwören!

Just die Herren, die in den „Berl. Neuesten Nachrichten“ das große Wort führen, reden so gerne von den großen nationalen Aufgaben, welche die Presse im Falle eines Krieges zu erfüllen hat. Man erzählt sich, daß Redakteure dieses Blattes vorstellig geworden seien, man möge sie von der Land-

sturmpflicht befreien, damit sie als Schriftsteller und Schriftleiter um so besser dem Vaterlande nützen können. Was sie aber treiben, ist kein Nutzen, ist schwerste Schädigung des Vaterlandes. Schwerste Schädigung unserer Stellung in der Welt, schwerste Verleumdung an unserer Kultur.

Sie haben dieser Kultur nie genügt, die dort im Solde des profitierenden Unternehmertums gehegt und gewählt haben. Lassen wir in diesem Augenblicke das Vergangene beiseite. Das

Gegenwärtige aber fordert nicht weniger laut und energisch zum Protest heraus. Wir dürfen nicht dulden, daß diese Klatsche unseren Schild besetzt. Wir dürfen nicht dulden, daß sie unseren Kämpfern im Felde die Stellung erschwert und unserem Lande neue Feinde weckt. Wir stehen im Kriege, wir müssen kämpfen. Aber nicht oft, nicht laut genug kann es gesagt werden: Dieser Kampf soll mit sauberen Waffen geführt werden!

Die Kriegsergebnisse.

Die abgeschlagene Offensive.

Nachdem bereits die Meldungen vom Sonnabend hatten erkennen lassen, daß der französische Vorstoß nach Lothringen gescheitert und die feindliche Offensive unter schweren Verlusten zurückgewiesen worden war, bringen die bis jetzt vorliegenden Meldungen die Kunde, daß die deutsche Armee imstande ist, die Verfolgung des geschlagenen Feindes fortzusetzen. Die deutschen Truppen sind den zurückweichenden Franzosen bereits bis auf die Linie Lunéville—Blamont nachgerückt. Jetzt wird es sich darum handeln, ob die Franzosen ihre offensivere Absicht, die befestigte Stellung bei Nancy und Lunéville zu erreichen und diese zunächst zu behaupten, werden durchführen können. Der Schluß der offiziellen Depesche, daß die deutsche Armee die Verfolgung noch weiter fortsetzt, läßt dies sehr zweifelhaft erscheinen.

Die Verfolgung der französischen Armeekorps.

Berlin, 23. August. (W. T. B.) Nördlich Metz hat der Deutsche Kronprinz, mit seiner Armee zu beiden Seiten von Longwy vorgehend, den gegenüberstehenden Feind gestern siegreich zurückgeworfen.

Die in Lothringen siegreiche Armee unter Führung des Kronprinzen von Bayern hat auf der Verfolgung des geschlagenen Feindes die Linie Lunéville—Blamont erreicht und jetzt die Verfolgung fort. Vor Namur donnern seit vorgestern die Geschütze.

Genf zur Uebergabe bereit.

Amsterdam, 23. August 1914. Das „Handelsblad“ meldet: In Genf wird die Bürgerwehr entwaffnet. Die Waffen werden nach Antwerpen gesandt. Genf steht zur friedlichen Uebergabe an die Deutschen bereit. (Frankf. Ztg.)

Die Antwort auf das Ultimatum Japans.

Berlin, 23. August. (W. T. B.) Das von der hiesigen Japanischen Botschaft dem Auswärtigen Amt überreichte Ultimatum lautet in deutscher Uebersetzung wie folgt:

„Die Kaiserlich Japanische Regierung erachtet es in der gegenwärtigen Lage für äußerst wichtig und notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, um alle Ursachen einer Störung des Friedens im fernem Osten zu beseitigen und das allgemeine Interesse zu wahren, das durch den Bündnisvertrag zwischen Japan und Großbritannien im Auge gefaßt ist, um einen festen und dauernden Frieden in Ostasien zu sichern, dessen Herstellung das Ziel des besagten Abkommens bildet. Sie hält es deshalb ausdrücklich für ihre Pflicht, der Kaiserlich Deutschen Regierung den Rat zu erteilen, die nachstehenden beiden Vorschläge auszuführen: Erstens. Unverzüglich aus den japanischen und chinesischen Gewässern die deutschen Kriegsschiffe und bewaffneten Fahrzeuge jeder Art zurückzuziehen und diejenigen, die nicht zurückgezogen werden können, alsbald abzusetzen. Zweitens. Bis spätestens 15. September 1914 das gesamte Pachtgebiet von Kiautschow bedingungslos und ohne Entschädigung den Kaiserlich Japanischen Behörden zu dem Zweck abzutransferieren, es eventuell an China zurückzugeben.“

Die Kaiserlich Japanische Regierung kündigt gleichzeitig an, daß sie, falls sie nicht bis zum 23. August 1914, mittags, von der Kaiserlich Deutschen Regierung eine Antwort erhalten sollte, die

die bedingungslose Annahme der vorstehenden, von der Kaiserlich Japanischen Regierung erteilten Forderungen enthält, sich genügt sehen wird, so vorzugehen, wie sie es nach Lage der Sache für notwendig befinden wird.“

Auf dieses Ultimatum ist dem hiesigen japanischen Geschäftsträger heute vormittag nachstehende mündliche Erklärung abgegeben worden:

„Auf die Forderungen Japans hat die Deutsche Regierung keinerlei Antwort zu geben. Sie sieht sich daher veranlaßt, ihren Botschafter in Tokio abzuberufen und dem japanischen Geschäftsträger in Berlin seine Pässe zuzustellen.“

Die Antwort auf die in schroffem Tone erfolgte Herausforderung bietet nach dem Vorangegangenen keinerlei Ueberlassung. Mit Trauer und Schmerz gedenken wir aber der Tapferen im fernem Osten, die dem schweren Kampfe mit einer großen Uebermacht entgegengehen.

Dem östlichen Kriegsschauplatz. Die russischen Eisenbahnen und die Mobilmachung.

Warum die russische Mobilmachung so langsam vor sich geht, erhellt aus einem Aufsatze der „Zig. d. W. D. Eisenb.-Verw.“ über den Wagenpark der Eisenbahnen des europäischen Rußlands. Wir heben nur die wichtigsten Zahlenangaben hervor: Zur Verfügung stehen dem Kaiserreiche noch lange nicht 20000 Personenwagen (darunter nahezu 1000 Salonwagen!), die deutschen Bahnen besitzen gegenwärtig über 57600 Personenwagen mit 2813400 Plätzen gegen 688400 Sitzplätze der russischen Bahnen. Die Zahl der russischen Güterwagen beträgt rund 305300, die der deutschen Güterwagen rund 665000. Die Neubeschaffung von 16500 Güterwagen, die der Verkehrsminister zur Fortbewegung der Ernte für nötig erachtet hatte, wurde von der Reichsduma abgelehnt, trotzdem darauf hingewiesen wurde, daß die verfügbare Anzahl Güterwagen sogar für die Mobilmachung nicht genüge. Wie die Verhältnisse liegen, d. h. bei den zu überwindenden Entfernungen, auf welche die Lebensmittel herangeschafft werden müssen und bei dem gänzlich unzureichenden rollenden Material, sind die Aussichten der Truppen auf ausgiebige Verpflegung sehr trübe. Zu diesen Schwierigkeiten kommen dann noch die Sorgen um die Rückwärtsbewegung der Verwundeten und Kranken.

Der Seekrieg.

Gefangennahme von militärpflichtigen Deutschen.

Berlin, 23. August. (W. T. B.) Der von New York nach Neapel abgegangene Dampfer „Ancona“ ist in der Nähe von Gibraltar angehalten worden und die auf dem Dampfer befindlichen militärpflichtigen Deutschen — etwa 70 an der Zahl — sind nach Gibraltar als Gefangene übergeführt worden. Unter den Gefangenen befindet sich der Sohn des Direktors der Deutschen Bank Herrmann.

Kaperung eines österreichischen Dampfers in Quebec.

Wien, 22. August. (Z. N.) Der Triester Handelsdampfer „Ada“ wurde in Quebec von englischen Kriegsschiffen gekapert. Der Protest des Kapitäns blieb erfolglos.

Dem österreich-serbischen Kriegsschauplatz.

Deutsche Mannschaften in Serbien.

Berlin, 23. August. (W. T. B.) Aus Serajewo ging heute nachmittag folgende Meldung beim Admiralstab der Marine ein: Am 20. August Serbenstellung Höhe 954 bei Bisegrad genommen. Seesoldaten in erster Linie. Drei tot, 2 Offiziere, 21 Mann verletzt. Verhalten der Mannschaft mustergültig. Gezeichnet Major Schneider.

Es handelt sich um unser Skizzen-Delikatessen, das sich nach Abzug von Statuten den österreichischen Operationen angeschlossen hat.

Einzeln Gesechte.

Wien, 22. August. (W. L. B.) Aus dem Kriegspressequartier wird vom 21. August amtlich gemeldet: Vom 20. d. M. liegen folgende zusammenfassende verspätet eingelangte Meldungen vor. Auf dem südlichen Kriegsschauplatz Gattaro sind wir ohne wesentlichen Erfolg von Montenegrinern beschossen worden. Unsere Festungs- und Marineartillerie erwiderte das Feuer mit sichtlich größerer Wirkung. Bei Trebinje herrschte Ruhe. Bibeca wurde mäßig, aber ununterbrochen beschossen. Die eigenen Truppen besetzten am 18. August Plewisse und sind im Vordringen über die obere Drina und Lim. An der unteren Drina führten die Truppen den anbefohlenen Rückmarsch vollkommen geordnet und vom Feinde unbelästigt durch. Bei Babana fand ein erfolgreicher Vorstoß gegen Süden statt, worauf die siegreichen Truppen, wie befohlen, wieder zurückgingen.

Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz schreitet die eigene Aufklärung mit gutem Erfolge fort.

Eine bulgarische Meldung.

Sofia, 23. August. (W. L. B.) Von der serbisch-bulgarischen Grenze wird gemeldet: Die österreichisch-ungarische Armee ist im erfolgreichen Vorrücken ins Innere Serbiens begriffen. Die Serben seien von allen Seiten bedrängt infolge der erlittenen kolossalen Verluste. In Nisch herrsche Panik, unzählige serbische Flüchtlinge suchen eine Zufluchtsstätte in bulgarischen Grenzorten. Nachdem in Nisch kein Platz mehr für die Verwundeten ist, sind sie nach Pirot geschickt worden. Der bulgarische Gesandte Tschapraichow ist unterwegs nach Sofia.

Die Meldung steht mit der gestern gemeldeten des amtlichen österreichischen Korrespondenzbureaus, die den Stillstand der Offensive gegen Serbien meldet, in Widerspruch.

Ein Kommentar des Honvedministers.

Budapest, 22. August. (W. L. B.) Im Klub der Nationalen Arbeitspartei erklärte Honvedminister Hazai auf Befragen über die Bedeutung des heutigen Communiqués sowie über die Lage folgendes: Als offener Soldat sage ich immer die Wahrheit, was sie auch sei. Ich vermag auf das Bestimmteste zu erklären, daß zu pessimistischer Auffassung keinerlei Grund vorliegt. Im Gegenteil kann ich erklären, daß es mit unserer Sache in Serbien gut steht. Die dort operierenden Truppen lösen trotz des Uebergewichts des Feindes heldenhaft ihre Aufgabe. Es gelang, die Serben zurückzuwerfen, und eben heute erhielt ich die Nachricht, daß auf dem südöstlichen Kriegsschauplatz unsere Truppen ein aus über dreißig Bataillonen bestehendes serbisches Heer besiegten. Das Communiqué, das einzelne Mißverständnisse haben, bezweckt ausschließlich zu erklären, daß große, entscheidende Ereignisse sich nicht im Süden, sondern im Norden abspielen werden. Ich erkläre offen, welches die Lage ist, wie ich auch mit männlicher Offenheit sprechen würde, wenn die Lage nicht diese wäre. Ich wiederhole, daß wir mit den bisherigen Ergebnissen zufrieden sein können; denn es gelang, dem Feinde riesige Verluste beizufügen. Man muß sich jedoch, wie ich bereits erklärt habe, vor Augen halten, daß der entscheidende Kampf oben geführt werden wird. Den Worten des Honvedministers folgten langanhaltende Ejaculationen.

Die neutralen Staaten.

Die Haltung Italiens.

Rom, 23. August. (W. L. B.) Die „Tribuna“ schreibt: Ministerpräsident Salandra empfing eine Vertretung der sozialistischen Gruppe des Parlaments, die um eine Entscheidung der Regierung bezüglich der Zusammenberufung des Parlaments ersuchte. Salandra antwortete, nach Ansicht der Regierung sei bisher keine Tatsache eingetreten, die diese Zusammenberufung notwendig mache. Die Regierung sei fest entschlossen, die Politik

der Neutralität weiter zu verfolgen, die aus Gründen angenommen sei, die aller Welt bekannt seien.

Die Vertreter der Gruppe bestand auf ihrem Ersuchen, indem sie hervorhoben, die Zusammenberufung des Parlaments würde den Vorteil haben, gegenüber der öffentlichen Meinung aufklärend zu wirken und das Verhalten der Regierung sicherer zu machen gegen Strömungen, die eventuell versuchen könnten, sie zu einer Aenderung ihrer Politik zu veranlassen. Die Vertreter spielten dabei auf die Möglichkeit einer Mobilisierung an. Salandra antwortete, nichts berechtige zu einer solchen Annahme und er erklärte alle Gerüchte von einer Mobilisierung für unbegründet.

Die starke Betonung der italienischen Neutralität ist von Bedeutung, da in den letzten Tagen Gerüchte von einer unfreundlichen Haltung Italiens gegen Oesterreich im Umlauf waren.

Kriegsbekanntmachungen.

Landsturm und Volkswirtschaft.

Der kommandierende General des 7. Armeekorps erläßt an die Bewohner von Rheinland-Westfalen einen Aufruf, worin es u. a. heißt:

Nicht nur zum Kampfe mit den Waffen bedarf das Land seiner Männer. Die Grundlagen des modernen Lebens sind andere geworden, als sie es vor hundert Jahren waren. Die gewaltigen Fortschritte unserer Industrie und Technik sind heute so sehr in den Dienst unseres Heeres gestellt, bilden heute so sehr die Grundlage unseres ganzen bürgerlichen Lebens, daß wir ihrer nicht mehr entbehren können. Die Erhaltung einer Reihe der wichtigsten industriellen Betriebe bildet unbedingte Voraussetzung zu einer glücklichen Durchführung des Krieges. So muß vor allem die Fortführung des Betriebes der Kohlenzechen sichergestellt sein, da der sonst eintretende Mangel an Kohlen alle unsere Kräfte lahmlegen würde. Daß damit auch die Fabrikation und somit der Ertrag von Waffen und Munition steigen würde, liegt auf der Hand. Und in wie tausendfacher Weise der Mangel an Kohlen sich für die Allgemeinheit fühlbar machen würde, wird jeder sich selbst sagen können. Die weitaus meisten Betriebe, die heute noch den Zurückgebliebenen Arbeit bieten und ihre Familien vor Not und Elend bewahren, müßten stillliegen. Und wie die Zechen, so müßten auch die Rheinschiffahrt, die Mühlen, Wasserwerke und Getreidmüllwerke, kurz alle diejenigen Betriebe aufrechterhalten bleiben, die für das Heer und für die Allgemeinheit nicht zu entbehren sind.

Aus allen diesen Gründen habe ich mich entschlossen, die Landsturminfanterie in den meisten Kreisen des Korpsbezirks, besonders in denen des Industriebezirks, zunächst nicht einzustellen, und ich hoffe, daß dies bis zum Ende des Krieges nicht erforderlich sein wird. Einstweilen werden nur die Kavalleristen, Pioniere und Artilleristen der jüngsten Jahrgänge des gedienten Landsturms Verwendung finden und vielleicht noch ein kleiner Teil der Landsturminfanterie.

Die erste bayerische Verlustliste.

München, 23. August. (Z. U.) Die erste bayerische Verlustliste ist erschienen. Sie zählt 24 Verletzte und Verwundete auf.

Die Mobilmachung der Schweiz.

Ein deutscher Parteigenosse schreibt uns: Der Weltkrieg, der jetzt die ganze Kulturwelt erschüttert, hat keinen Staat unberührt gelassen. In den Tagen, wo die Ereignisse sich überziehen, der Weltbrand mit ungeheurer Geschwindigkeit um sich greift, wollte ich in Zürich und konnte hier beobachten, wie sich auch an dem friedlichen Schweizer Volk das Wort bewahrheitete: Es kann der Welt nicht in Frieden leben, wenn es den bösen Nachbarn nicht gefällt. Die Schweiz ist keiner der zwei großen europäischen Mächtekoalitionen gegenüber verpflichtet, es hat auch natürlich keine Eroberungsabsichten und dennoch wird es ebenso wie die direkt be-

teiligten Staaten in den großen Kriegskreislauf hineingerissen. Der Bundesrat hat ausdrücklich die Neutralität der Schweiz allen kriegführenden Staaten gegenüber erklärt. Aber es ist schon richtig, was Röllke einst gesagt haben soll, in einem Kriege könne nur der Staat neutral bleiben, der so gerüstet sei, daß er die Kraft habe, seine Neutralität mit Waffengewalt zu schützen. Dessen eingedenk hat man die Landesverteidigung in der Schweiz nicht vernachlässigt. Und die Bundesregierung zauderte auch nicht, als die unheilvollen Kriegswolken am europäischen Horizont sich immer dunkler zusammenballten, die Schweizer Wehrmacht aufzurufen. Verzetis am 1. August erging der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung, der die Aufforderung zur Pflanzstellung, d. h. zur Wehrhaltung vorausgegangen war.

Für mich als Preußen, der ich in einer großen Festungs- und Garnisonsstadt geboren und aufgewachsen bin, also hinlänglich Gelegenheit hatte, militärisches Leben zu beobachten, war es von großem Interesse, hier einmal die kriegsgemähe Mobilisierung einer Milizarmee aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Unser berühmter Weibel hat mir oft auf Spaziergängen am Zürichersee in der ihm eigenen Lebhaftigkeit die Vorzüglichkeit des Schweizer Milizheeres geschildert und vor allem auch seine schnelle Schlagsfertigkeit gegen meine Zweifel mit Eifer verteidigt.

Ich muß jetzt gestehen: unser Altmeyer hat recht. Kein stehendes Heer der Welt, auch das deutsche nicht, dessen Mobilisierung sich doch musterhaft vollzogen hat, kann so schnell in voller Kriegskraft, marschfertig und kampfbereit aufgestellt werden wie das Schweizer Milizheer. Am 31. Juli mit der allgemeinen Pflanzstellung der Armee war bereits der für die erste Grenzbeobachtung und für die Ueberwachung der wichtigsten Kommunikationen erforderliche Landsturm, bestehend aus den ältesten Wehrpflichtigen, aufgehoben. Um 2 Uhr nachmittags rückten die Mannschaften bereits in die Kasernen ein und am Abend sah man Bahnhöfe, Uebergänge, Straßen usw. von den bürigen Landsturmmännern besetzt.

Als erster Mobilmachungstag war Montag, der 3. August, als zweiter Dienstag, als dritter Mittwoch und als vierter Donnerstag festgesetzt. Schon am Sonntag bot das schöne Zürich mit seinem sonst so friedlichen, internationalen Straßenleben ein sehr kriegerisches Bild. Die Uniform überzog bereits, es sah schon preußisch und auch wieder nicht preußisch aus. Die Wehrmänner bewegten sich so gut bürgerlich und familiär unter dem Publikum, auch der Verkehr unter den militärischen Chargen untereinander war so bürgerlich-freundlich, daß man sofort den Eindruck gewann: das ist Volk in Waffen, hier fehlt die militärische Abschließung, der militärische Kampfsgeist, der sich in Deutschland oft unliebsam bemerkbar macht.

An den Mobilmachungstagen rückten die Truppen in voller kriegsgemäher Ausrüstung aus ihren Wohnungen nach den öffentlich bekanntgegebenen Sammelplätzen, wo die einzelnen Formationen nach Empfang der Patronen zum Abmarsch nach der Grenze fertig waren. Rührende Straßenszenen spielten sich ab, wenn die einzelnen Soldaten, in voller Ausrüstung, das stolbringende Gewehr über die Schulter gehängt, ein Kind aus dem Arm und mehrere noch an der Hand, in Begleitung ihrer erst dreinschauenden Frauen zum Sammelplatz eilten. Noch ein kurzer Abschied und dann ging es fort nach der Grenze, um dort den kriegführenden Armeen den Durchmarsch durch die schöne Schweiz, wenn es sein muß, mit Gewalt zu betreiben.

Auch das Requirieren der notwendigen Pferde, Automobile und sonstigen Lastwagen ging sehr schnell und glatt von statten, so daß in den vier Mobilmachungstagen bis auf die aus dem Auslande herbeieilenden Nachzügler die gesamte Wehrmacht der Schweiz, alle Aufgebote kriegsfertig dastanden. Und diese Verteidigungsmasse ist durchaus modern ausgerüstet, sie hat sich alle Errungenschaften der Kriegstechnik zunutze gemacht. Es fehlte weder Flugzeug noch Funkentelegraphie. Auch die Verpflegung und das Sanitätswesen soll auf das beste organisiert sein. Gewiß, ein preußischer Camaradentopf hätte vielleicht einiges an dem Aufmarsch der Truppen auszuweisen gehabt, er würde die Kasernenhof-Strammheit vermehrt haben, die Miniatur der Fronten hätte ihm gefehlt, und wenn er nun noch gar den Präsidenten der sozialdemokratischen Partei, unseren Genossen Studer aus Winterthur, hoch zu Ross als Major sähe, überlässe ihn sicher eine Gänsehaut. Ich habe indes den Eindruck gewonnen, daß dieses Milizheer für seinen Zweck vorzüglich ausgerüstet und ausgebildet ist. Es ist mit dem gebirgigen Terrain und seinen Schwierigkeiten vertraut, und was das Schießen anlangt, sicher jeder anderen Armee überlegen. Denn jeder Mann hat vom Beginn der Wehrfähigkeit sein Gewehr im Hause und übt sich auf den zahlreichen Schießständen dauernd in der Handhabung der Waffe.

Krieg und Kapitalismus.

Der englische Nationalökonom David Ricardo, dessen Meinerwerkzeuge Karl Marx in dem nachgelassenen Teil seines „Kapital“ eingehend behandelt hat, kuldierte der Ansicht, daß die Arbeiter Vorteil davon hätten, wenn ein Land Krieg führe und genötigt sei, große Flotten und riesige Heere zu unterhalten. Diese Auffassung, die heute noch von den eifrigen Verehrern des Militarismus in vollendetester Sinnlosigkeit wiederholt wird, vor denkenden Arbeitern erst noch widerlegen, wäre ein überflüssiges Unterfangen. Denkende Arbeiter fühlen mit seinem Masseninstinkt, daß umgekehrt ein Schuß daraus wird: der Vorteil der Kapitalisten ist es, wenn ein Land Krieg führt und große Flotten und riesige Heere unterhält, zum mindesten der Vorteil einiger kapitalistischer Schichten, wie der Rüstungsfabrikanten und der Armeelieferanten.

Die Armeelieferungen spielten seit jeher bei der unrechtmäßigen und schwindelhaften Bereicherung gerissener Unternehmer eine große Rolle. Schon im sechzehnten Jahrhundert, als der Kapitalismus in den Kinderjahren die ersten Sprünge machte, war die Gaunerei bei Armeelieferungen eine lustig sprudelnde Quelle des Profits. Der Jesuitenpater Georg Scherer wenigstens entwirft uns in einer Predigt aus den Türkenkriegen dieses Jahrhunderts ein anschauliches Bild von dergleichen Praktiken:

„Ehernermaßen tun auch unrecht, welche böses Getreid und böse ähre rotschafte Wein in die Proviant für die Landknecht um teure Bezahlung geben, daran die Kriegsknecht in Gränzhäusern alle Bettelkrankheiten und den Tod selber freffen und saufen müssen. Es ist unnoth, daß solche Kriegsknecht von türkischen Sabeln niedergebunden oder von türkischen und tartarischen Pfeilen und Kugeln niedergeschossen werden, die Christen, welche ihnen ein schmalzig, saul und abelschmeckend Mehl oder Brot und kämigen, ungesundem Wein geben, die sind ihre Türken, von denen sie um ihren Gesund, Leib und Leben gebracht werden.“

Aber im großen Stil konnte sich noch dieser Lieferungs-schwindel erst mit dem Anbruch des eigentlichen kapitalistischen Zeitalters, das will sagen, mit der französischen Revolution entwickeln. Das offenbarte sich sofort in den Revolutionskriegen

selbst. Schon zu einer Zeit, als für Bucherer, Spekulant und Würfentölpel der Weg vom Revolutionstribunal zur Guillotine erschrecklich kurz war und sich deshalb in diesen Kreisen kein rechter Latenmut regen wollte, wußten die Armeelieferanten ihre Schäfchen zu sichern. Das waren die Tage der Carnotischen Massen-aufgebote, der Helden in Holzschuhen und Lumpen. „Mit Hilfe von Brot und Eisen, hat der Kommissar des Konvents gesagt, kommt man bis ans Ende der Welt, von Schuhen hat er nichts gesprochen.“ Und selbst dieses zerlumpte Heldentum der Revolutionskämpfer, die die Heereskolonnen der feudalen Gegenrevolution zum Lande hinausdrängten, wurde demaskiert ausgedeutet, daß ein gewisser Espagnac die ihm vom General Dumouriez übertragene Beforgung der Kriegsführen an das Haus Denison u. Cie. für 10 000 Franken täglich (!) vermietete. Wie gigantisch muß das, um auf ihre Kosten und zu ihrem Profit zu kommen, die ehrende Firma Denison u. Cie. ihrerseits das Heer begaunert haben!

Unter Napoleon trieb das selbe System neue Schwindelblüten, und zwar nicht selten unter dem Beistand napoleonischer Generale, bei denen meist die rein soldatischen Tugenden die einzigen waren. Dem Marschall Masséna z. B. folgten wie Schakale ganze Schwärme von Intendanten, Lieferanten, Kommissariats- und Agenten ins Feld, mit denen gemeinsam er seine armen Soldaten um Wohnung und Brot zu besorgen pflegte, und er war nur einer unter vielen! Daneben fielen für die Industriellen in den Tagen des ersten Kaiserreichs Riesengewinne ab, denn was die durch ganz Europa hin- und herziehenden Heere an Kleidungsstücken, Schuhen und Waffen verbrauchten, ging ins Ungeheure.

Da sich das zweite napoleonische Kaiserreich zum ersten verhält wie die Poste zur Tragödie, so war es ganz in der Ordnung, daß hier unmittelbar kapitalistische Interessen nicht nur den Marschällen und Generalen ihre Gaunerpraktiken, sondern auch dem Kaiser seine Politik vorschrieben. Der Ausbruch des Arimkrieges war über ein Jahr früher fällig, als er wirklich erfolgte, denn nach der Kaiserproklamation Bonapartes hatte man nicht übel Lust, den Kriegsfall herbeizuführen, weil das Weglaubigungs-schreiben des russischen Volschafiers die üblichen Kurialien vermissen ließ. Aber im Ministerrat entschieden sich die Minister, die in Würfelspekulationen verwickelt waren — und das war die überwiegende Mehrzahl! — aus Furcht vor Würfelserrüttung für

Annahme des Schreibens, und von ähnlichen lauterer Beweggründen geleitet, stellte sich Napoleon III. Aber wie hier der Bonaparte um kapitalistischer Interessen willen einen Krieg vermieidete oder doch hinauszog, so stürzte er sich ein andermal um kapitalistischer Interessen willen in einen Krieg. Notwand und Anlaß zugleich zu dem mexikanischen Abenteuer bildete ein gigantischer Anleihenbuckel des Genfer Bankiers J. E. C. an dem durch Napoleons Halbbruder, den Herzog von Romé, die kaiserliche Familie unmittelbar beteiligt war.

Je „moderner“ die Kriege werden, desto gewaltigere Profitmöglichkeiten für den Kapitalismus bringen sie mit sich. Im russisch-japanischen Krieg trat das in klassischer Form zutage. Die Stadt Chardin, 1900 gegründet, zählte vor dem Feldzug rund 5000 Einwohner, bestand zu einem guten Teil aus Holzschuppen und Bretterbuden und hatte im besten Fall als Durchgangspfad nach dem Mladivostolgebiet einen gewissen Zukunftswert. Aber nun kam der Krieg und wälzte die wirtschaftlichen Verhältnisse um. Eine gewissenhafte zeitgenössische Darstellung schilderte die Entwicklung der Dinge:

Ein und eine halbe Million Menschen und dreieinhalb Milliarden Rubel ergossen sich über die Landschaft. Sie alle — Geld sowie Menschen — passierten Chardin, und beide ließen dort ihre Abfälle zurück. Chardin wurde das Eden der Lieferanten, der Abenteuerer und der Verbrecher. Zwanzigttausend Dirnen aller Länder, aller Nationen und Hautfarben, darunter sogar Negersinnen, triumphierten in dem wüsten Getriebe, wie es unsere Zeit zum zweiten Male gewiß nicht mehr sehen wird. Ueber ein Dutzend Ringelangeln schloffen aus dem morastigen Boden und die Preise stiegen ins Ungemeine. . . . Die schlauesten Besucher waren zweifellos die Dirnen, und Millionen sind in Brillanten von Chardin weggetragen worden. Ein guter Prozentsatz dieser Damen hat russische Offiziere oder Beamte geheiratet, manche von letzteren sind im Dienst geblieben und bloß veretzt worden, nur wenige hat man kastriert. Aber bleiben mußte die Kaufmannschaft. Diese Firmen waren erst zu Beginn des Krieges gegründet worden, hatten sich mit den ersten bedienten zehntausend Rubeln große Magazine gebaut, in die Hunderttausende Kredit genommen, und da wirklich fabelhaft während des Krieges verdient wurde, hatten sie sich im tollen Wirteltanz des Genusses mitreißen lassen und den größten Teil ihres Gewinnes verjubelt und verpielt, als müsse der Krieg ewig währen. Die Niederlagen der russischen Armeen im Süden wurden mit Jubel begrüßt, denn immer näher kamen die

Verleihen die Wehrmänner auch nicht gern das Feld ihrer gewöhnlichen wirtschaftlichen Betätigung, zogen sie auch nicht mit lärmender Begeisterung ins Feld, so prägt sich auf ihren Gesichtern doch die ernste Entschlossenheit aus, der eisernen Notwendigkeit gehorchend dem Vaterlande, der freien Schweiz die treue Grenzwehr zu stellen.

Das eine steht fest: keine der europäischen Militärmächte hat dermaßen, so schnell sein Heer zu mobilisieren, wie die Schweiz ihre Miliz. Obwohl für diese der 3. August der erste Mobilisierungstag war, steht sie jetzt bereits etwa zwei Wochen kriegsfertig in voller Stärke an der Grenze. Und da jeder Wehrpflichtige vom 19. bis zum 48. Lebensjahre aufgebildet ist, stehen im Verhältnis zur Einwohnerzahl mehr Mannschaften unter der Waffe, als zurzeit in Deutschland.

Und was ist das Geheimnis dieser Schnelligkeit in der Mobilisierung der Miliz? Jeder Mann hat seine Waffen und die volle Ausrüstung zu Hause. Wird er aufgerufen, so erscheint er bereits feldmarschmäßig am Sammelort. Da er meist einem Truppenkörper in der Nähe seines Wohnortes zugeteilt ist, kann er schnellstens einrücken. Das bei den stehenden Heeren notwendige lange Reisen der Reservisten nach ihren Regimenter fällt fort, ebenso die zeitraubende Einleitung und Bewaffnung, was für alle Jahrgänge mit Landwehr und Landsturm doch einige Wochen in Anspruch nimmt.

Freilich, ein solches Milizwesen ist nur in einem demokratischen Staatswesen möglich, wo zwischen der Regierung und der Mehrheit des Volkes ein Vertrauensverhältnis besteht. Es dient auch nur der Landesverteidigung und würde in einem Eroberungskriege wohl versagen.

Aber die Mobilisation der Schweiz ist nur erfolgt, um ihre Freiheit und Unabhängigkeit zu schützen; das ist der Endzweck, der ihr durch die Bundesregierung gesetzt ist. Das kam auch bei der Vereidigung des militärischen Befehlshabers im Bundesparlament in feierlicher Form zum Ausdruck.

Die Wahl des Generals, dem der Oberbefehl über die Truppen übertragen wird, ist auch eine Eigenschaft der Schweizer Milizarmee, über deren militärischen Wert man ja einige Zweifel hegen kann. Das Militärwesen der Schweiz untersteht nämlich im Frieden dem Generalsstabchef. Sobald jedoch die Armee in den Kriegszustand versetzt wird, wählt das Bundesparlament sofort den General, der mit den weitgehendsten Vollmachten ausgestattet wird und die militärischen Operationen leitet. Mit 122 Stimmen wurde der Oberstleutnant Kommandant Wille am zweiten Mobilisierungstage vom Parlament zum General gewählt, der Generalsstabchef v. Sprecher erhielt nur 68 Stimmen. Obwohl die politischen Ansichten Wille von der Mehrheit des Schweizer Volkes wohl kaum geteilt werden, wurde seine Wahl doch allgemein mit Vergnügen begrüßt, da er als tüchtiger Militär gilt.

Der ganze Unterschied der Schweizer Heeresverfassung von der deutschen kommt auch in dieser Wahl des Oberbefehlshabers durch das Parlament zum Ausdruck, und noch mehr durch den Eid, den der Gewählte vor der Volkvertretung zu leisten hat. Die Schwurformel lautet:

„Der Obergeneral der eidgenössischen Truppe schwört, der Eidgenossenschaft Treue zu bewahren, die Ehre, Unabhängigkeit und Neutralität des Vaterlandes nach besten Kräften mit Leib und Leben zu beschützen und zu verteidigen und sich genau an die Weisungen des Bundesrates über den durch das Truppenaufgebot zu erreichenden Endzweck zu halten.

Der Oberbefehlshaber der Armee ist sonach der Bevollmächtigte des Volkes, von der Volkvertretung gewählt, ist er dieser auch verantwortlich. Ob die Schweizer Milizarmee ihre Feuerprobe wird bestehen müssen, das wird die Geschichte lehren, deren eiserne Würfel jetzt unaufhaltsam rollen. Wird sie ihr aufgedrungen, dann wird sie sie bestehen, das bin ich gewiß.

Politische Uebersicht. Geschäftstüchtige Patrioten.

Raum hieß es: die Mobilmachung ist angeordnet, so loben gewisse Patrioten schon das Stündlein dafür gekommen, sich durch eine rohe Preiswucherpolitik auf Kosten der Allgemeinheit die Taschen zu füllen. Lebensmittelgeschäfte verdoppeln die alten Preise, ein Berliner Hutgeschäft teilte seinen Kunden mit, es sehe sich veranlaßt, die außergewöhnliche Konjunktur für Trauerhüte auszunutzen, um auf diese Ware zehn Prozent Aufschlag zu legen usw. Wohl das Kergie aber ist ein Rundschreiben, das nach einer Zuwendung an die

„Deutsche Tageszeitung“ der „Verin der Verbandstoff-Fabrikanten Deutschlands, G. V.“ am 1. August seinen Abnehmern zusandte. Er kündigte darin an, daß seine Mitglieder fortan einen „Mobilmachungsaufschlag von 30 Prozent“ erheben würden, — „einzuweisen“, wie man für die Dummen hinzufügte, um aber im gleichen Atemzuge auch noch weitere Preiserhöhungen in Aussicht zu stellen. Außerdem verlangte das Rundschreiben fortan vorherige Barzahlung aller Bestellungen, wenn sie nicht unerledigt bleiben sollten.

Bei den Verbandstoffen handelt es sich um Waren, die im Kriege unentbehrlich sind, von deren Vorrat und schneller Lieferung das Leben Hunderttausender abhängt. Es geht von einer ganz ungewöhnlichen Menschenfreundlichkeit, unter diesen Umständen darauf einen Preisauflschlag von 30 Prozent zu legen.

Die Erhöhung der Preise kann mit nichts anderem begründet werden — und das Rundschreiben versucht auch gar keine andere Begründung — als mit der greifenden Profitgier der Fabrikanten. Da die Preiserhöhung schon vom 1. August an in Kraft treten sollte, kann auch kein Hinweis auf verteuerte Rohstoffe und Produktionskosten als Entschuldigung dienen.

Die Verteuerung ist um so schlimmer, als ja der Massenkonsum von Verbandstoffen während des Krieges den Fabrikanten sowieso eine gewaltige Steigerung ihrer Gewinne verschafft. Trotzdem noch der Aufschlag um fast ein Drittel der üblichen Preise und die übrigen, den Profit steigenden Bedingungen beim Verkauf!

Wirklich — es gibt noch Patrioten!

Ein „deutscher“ Herzog.

Herzog Michael von Medlenburg-Strelitz, ein Vetter des regierenden Großherzogs, hat, wie bürgerliche Blätter mitteilen, den Jaren gebeten, die russische Nationalität annehmen zu dürfen, um in der feindlichen Armee gegen das Land seiner Ahnen kämpfen zu können.

Konfiskation der „Deutschen Tageszeitung“.

Das erste Blatt, das in Berlin unter dem Belagerungszustand beschlagnahmt und durch Schulleute aus allen öffentlichen Lokalen entfernt worden ist, ist die „Deutsche Tageszeitung“. Der Grund ist wohl die Veröffentlichung eines Artikels, der nach der Auffassung der zuständigen Stellen offenbar geeignet ist, in empfindlicher Weise die Kreise der deutschen Politik zu stören.

Mehlwucher der Mühlen.

Verschiedene, von sachkundiger Seite stammende Zuschriften an unser Frankfurter Parteiblatt erheben die schwersten Vorwürfe gegen die Mühlen, daß sie geschlossen und systematisch die Kriegszeit kenneht haben, um die Mehlpreise ohne Grund hinaufzutreiben und sich so gewaltige Profite zu sichern. Es steht ja außer Zweifel, daß unmittelbar nach der Mobilmachung die Preise für Mehl ungeheuerlich in die Höhe gingen; und wenn hier und da dem durch Festsetzung von Höchstpreisen entgegengetreten wurde, so fanden auch diese amtlichen Festsetzungen wenigstens zunächst auf einer ganz unternünftigen Höhe. Wie die Sache von den Mühlen gemacht wurde, schildert ein Fachmann in der Frankfurter „Vollstimme“ folgendermaßen:

„Als sich Ende Juli die Lage kritisch gestaltete, waren die Mühlen, die großen wie auch die kleinen, bei der Hand, die Ablieferung des verkauften Mehles zu erschweren und unter allen möglichen Vorwänden zu vereiteln, manche hielten ihre Lager überhaupt geschlossen, bis die erwartete Stunde der Mobilmachung schlug, die es ihnen gestattete, von den Verkäufen zurückzutreten, um nun frischweg Preise zu diktieren, die durch nichts weiter bedingt waren, als durch die Rücksicht auf die Füllung des eigenen Geldbeutels.“

Zu einer wesentlichen Erhöhung des Mehlpreises liegt bis zur Stunde noch durchaus kein Grund vor. Es verdient festgenagelt zu werden, daß das sämtliche in Frankfurt vorhandene Mehl aus billigem Weizen hergestellt ist. Ich habe mich persönlich überzeugt, daß noch jetzt von diesem billigen Mehl Tausende von Sack sich auf den Mühlenlagern der Spektateure befinden. An diesem Mehl verdienen die Mühlen Ansummen. Man bedenke nur, bei 30 bis 31 M. hatten sie ihren regulären Verdienst, jetzt nehmen sie 42 M.; das ist ein Mehr von 11 bis 12 M. pro Sack. Der Extraverdienst dieser weichen Mitter geht daher in die Millionen. Und wie die Großen, so auch die Kleinen, mit wenig Ausnahmen. Sie beteiligten sich ebenfalls an dem Tanz ums goldene Kalb. Die Großen tanz,

sollten wir da nicht das selbe tun?“ würde mir erwidert. Wirklich, es ist nichts Besamander in dieser ersten Zeit, als diese offene Deutegier des gesamten Wohlgeimes.

Diese Zuschrift hat dann ihre ausdrückliche Bestätigung gefunden in Mitteilungen eines anderen Fachmannes, der seit mehreren Jahrzehnten eine der größten Mühlen-Aktien-Gesellschaften vertreten hat. U. a. heißt es in seinem Schreiben an die Redaktion:

„Es steht fest, und alle Einwände der Mühlen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß systematisch schon zirka 14 Tage vor Ausbruch des Krieges die Mühlen unter allen möglichen und unmöglichen Manipulationen die auf Grund ihrer damaligen Mehl- und Getreidevorräte gestellten Abschlässe dem Handel und Konsum vorenhielten, um den Preis des Mehles im Augenblicke der Mobilmachung in der unverantwortlichsten Weise um zirka 1200 M. pro Wagon in die Höhe zu setzen und um sich dadurch Millionen zum Nachteil des deutschen Volkes in die Tasche zu schaffen. Es war das für die Herren um so leichter, als sie durch ihre bestehende Syndikatsverbindung geschlossen vorgehen konnten.“

Es ist eine eigene Art von Patriotismus, die sich in diesem Verhalten der Mühlenbesitzer offenbart. Es wird wohl zutreffend sein, daß auch vielfach die kleinen Händler die „günstige“ Situation ausnützen zu können meinten, indem sie mit ihren Preisen unerschämte in die Höhe gingen. Aber bei dem Grall gegen die kleinen Geschäftsleute und die Väter soll man nicht die großen kapitalistischen Unternehmungen übersehen, die hinter ihnen stehen und ihnen mit gutem oder richtigem schlechtem — Beispiel vorangehen. Deutlich ergibt sich aus dem Verhalten der Mühlen die Pflicht, bei der Preisfestsetzung auch die Produzenten neben den Zwischenhändlern zu berücksichtigen, damit sie nicht auf Kosten der Kleinen und der Konsumenten Wucher treiben können.

Die Arbeiter und der Weltkrieg.

Aus einer Rede, die unser dänischer Parteigenosse, der Abgeordnete Bouglherg, am Mobilmachungstage in einer Volksversammlung in Kopenhagen gehalten hat, entnehmen wir — nach dem schwedischen „Socialdemokraten“ — die folgenden Stellen:

„Niemand kann der internationalen Sozialdemokratie die Schuld andichten, daß sie nicht das äußerste getan hat zur Vermeidung dieses Krieges, der die Bankrotterklärung des Kapitalismus ist, und die Bekämpfung der sozialdemokratischen Kritik an der bestehenden Gesellschaft und die Erfüllung unserer Voraussetzungen über ihre Konsequenzen.“

Es war ein Unglück, daß der Krieg durch einen Revolverschuß gerade in Bosnien eingeleitet wurde, denn da kam der Krieg aus dem gefährlichsten Winkel, wo die Sozialdemokratie nur geringen Einfluß besitzt. In den anderen Teilen Oesterreich-Ungarns besitzt die Sozialdemokratie gute Organisationen und eine entwickelte Presse, in diesem Winkel aber nicht. So konnte sie am eigentlichen Ausgangspunkt der Gefahr nicht eingreifen.

Die Sozialdemokratie hat schon oft ihren Einfluß zur Verhinderung der Kriege bewiesen, man denke nur an den Paschoda-Konflikt zwischen England und Frankreich. Während des Agadir-Konfliktes zwischen Frankreich und Deutschland konnte der holländische Genosse Troelstra mit Recht aussprechen, daß den Großmächten die Adresse des internationalen sozialistischen Bureaus in Brüssel nicht unbekannt war. Zum ersten Male konnten da die französischen Sozialdemokraten gewaltige öffentliche Friedensversammlungen veranstalten, die von ebensolchen sozialistischen Unternehmungen in Deutschland unterstützt wurden. Und unter der norwegisch-schwedischen Unkonsistenz hat die Sozialdemokratie beider Länder für die Erhaltung des Friedens den Ausschlag gegeben.

Aber diesmal brachen die Ereignisse in einem sehr wenig entwickelten Balkanwinkel aus. Und dann hat sich der Krieg von Land zu Land gewälzt.

Aber — dieses lärmende Kriegsgeschrei in den Straßen der Großstadt, das jetzt die Stimme der Vernunft erstickt, wird bald wieder sein. Jetzt kommt die Zeit der Leuerung, dann werden die Listen der Verwundeten und Toten folgen. Dann kommen die Tage, da die stillen Trauerzüge die lärmenden Massen ablösen werden. Und da wird der Einfluß der Sozialdemokratie von Tag zu Tag wachsen. Und ganz sicher kommt wieder die Zeit, da man sich zu internationaler Beratung versammelt, und da wird es sich zeigen, daß dieser Krieg nicht die Bankrotterklärung des Sozialismus war. Im Gegenteil!

Die internationale Sozialdemokratie hat schon heute einige Stützpunkte für diese Entwicklung. Der alte John Burns trat aus der englischen Regierung aus und das ist zweifellos ein Beweis, daß sich in England ein starker Unwille gegen den Krieg findet, ein Unwille, der für den Augenblick durch die Kriegshege schweigen gemacht wurde, der aber sehr leicht bald die öffentliche Meinung beherrschen kann. Und Amerika — das große vitale Interessen an der Wiederherstellung des Friedens hat — ist, wie ich bestimmt weiß, jeden Augenblick zur Vermittlung bereit. Ein Anlaß zu dieser kann jeden Augenblick kommen. Die Niederlagen werden sich einstellen, denn der Gott der Heerscharen kann doch nicht allen Mächten gleichzeitig den Sieg verleihen, um den ihn alle nun anrufen. Seine Priester stellen vielleicht auch allzuprohe Forderungen. Und in der Reihe der Neutralitätsklärungen fehlt ja die im Namen Gottes ausgestellte Erklärung St. Peters, daß er für keinen der Kriegführenden Partei ergreifen wird.

Der internationale Sozialismus wird durch diese Katastrophe nicht untergehen — sie bedeutet eher die Witterdämmerung für den Kapitalismus, die schicksalsschwere Erfüllung der sozialdemokratischen Voraussagen, die tragische Konsequenz dafür, daß man unseren Warnungen nicht gehorcht hat.

Die alten Skandinavier glaubten, daß aus der großen Witterdämmerung, durch die Menschen und Götter untergehen, ein Wille hervorgehen wird, ein neuer Himmel und eine neue Erde, in denen Gerechtigkeit herrscht. Und so glauben und wissen wir, daß aus der Witterdämmerung des Kapitalismus eine neue Welt entstehen wird, eine Welt, in die der Sozialismus Gerechtigkeit und Frieden unter Brüdern bringen wird.

Dieser Krieg, der entzündet wurde, ist der größte Krieg, den die Welt je gesehen hat. Lohnt uns nun alle Kräfte, alle unsere Gedanken, alle unsere Begeisterung, unseren Glauben und unsere Arbeit dafür einzusetzen, daß er auch der Letzte sein muß!

Letzte Nachrichten.

Für das „Rote Kreuz“.

Mün., 23. August. (B. L. W.) Im Großherzogtum Luxemburg sind laut Mitteilung in der heutigen Versammlung des Luxemburger Vereins Deutschland (Hauptst. Köln) für die Zwecke des Roten Kreuzes 100.000 Mark gestiftet und außerdem 1000 Betten für Lazarettzwecke bereitgestellt worden.

Wegners geschoben und durch einen elektrischen Strom zur Explosion gebracht werden sollte. Das Untersinken und Aufsteigen geschah durch Einlassen und Auspumpen von Wasserballast. Die Sauerstoffapparate zum künstlichen Erzeugen von Luft damals noch unbekannt waren, konnte das Boot natürlich nur kurze Zeit unter Wasser bleiben solange eben der Vorrat an eingeschlossener Luft reichte. Doch schon bei der ersten Tauchprobe vermochte das Boot nicht wieder an die Oberfläche zu kommen und seine aus 11 Mann bestehende Besatzung erstickte auf dem Meeresgrund. Es wurde gehoben und Leutnant Payne — sein Name verdient genannt zu werden — übernahm das Kommando und beschloß, die den Hafen von Charleston bewachenden Schiffe der Gegner anzugreifen. Aber bei einer Versuchsfahrt drang infolge der von einem vorüberfahrenden Dampfer erzeugten Wellenbewegung soviel Wasser in den „David“, daß er abermals sank; von der Besatzung rettete sich nur der Kommandant. Wieder wurde das Schiff gehoben und Leutnant Payne übernahm abermals das Kommando. Diesmal lenkerte das Boot kurz vor einem Angriff auf die feindliche Flotte; Payne und zwei Mann vermochten sich zu retten, acht ertranken. Doch der „Wassersarg“, wie das Unglücksboot jetzt genannt wurde, ward abermals gehoben und von neuem fanden sich Freiwillige, die mit dem bisherigen Kommandanten und den Konstrukteuren Probefahrten unternahm. Eine Weile ging alles gut, bis der „David“ eines Tages nicht zurückkehrte. Nach längerem Suchen fand man ihn im nahen Stone River mit dem Vorderteil in einer Schlammbank steckend. Die Bemannung war tot. Zum fünfmalen wurde der „Wassersarg“ bemannt und . . . blieb wiederum auf dem Hafengrund liegen, als er unter dem Kiel eines Schoners hinwegfahren wollte. Einige Monate vergingen, da zog der „David“, umgebaut und zum sechsten Male neubemannt, zur letzten Heldensahrt hinaus. Am 17. Februar 1864, an einem windstillen Abend, steuerte das Boot durch die Hafenausfahrt und kam unbemerkt durch die erste Linie der feindlichen Schiffe, tauchte nur 200 Schritt vor dem Flaggenschiff „Houatonic“ tiefer unter und brachte sein Torpedo zur Entzündung. Eine gewaltige Explosion folgte und der „Houatonic“ sank. Während der ausgebrochenen Panik hätte das Unterseeboot unbehindert entkommen können, wenn es bei der Explosion nicht selbst in Mitleidenschaft gezogen worden wäre. Denn als man nach Beendigung des Krieges die vor dem Hafen von Charleston liegenden Wracks besichtigte, fand man auf dem Meeresgrund, kaum 100 Schritt von seinem Opfer entfernt, den „David“ mit seiner toten Besatzung.

Wiesenheere dem Norden und alle anderen Plätze wurden als Lieferungsplätze damit ausgeschaltet. Chorbin bereitete sich auf eine Belagerung vor, Wiesenheeren wurden aufgeschafft. . . . Sechzehn Mühlen im Bauwerte von vierzig Millionen wurden in wenigen Monaten in Betrieb gesetzt — da das Bad Getreide in den teuersten Zeiten nur 80 Kopfen kostete, das Mehl jedoch pro Sud bis auf 4 Rubel 20 Kopfen stieg, so arbeiteten die Mühlen mit solchem Gewinn.

Das bekannte Jütat des Quarterly Reviewer, das Marx in seinem Hauptwerk anführt, sagt, daß das Kapital Tumult und Streit stiehe und ängstlicher Natur sei. Aber „mit entsprechendem Profit wird das Kapital lähm. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; zwanzig Prozent, es wird lebhaft; für hundert Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; dreihundert Prozent, und es erpicht kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens. Wenn Tumult und Streit Profit bringen, wird es sie beide exhortieren.“ Was Wunder, daß das Kapital den heftigsten Tumult, den blutigsten Streit, den Krieg, lebhaft „exhortiert“!

Das älteste Unterwasserboot.

Deutschlands erste Unterseeboote haben den blutigen Tanz in der Nordsee begonnen. Was sie erstrebten, versuchte bereits vor 50 Jahren mit noch völlig unzureichenden Mitteln ein Unterwasserboot der nordamerikanischen Südpazif. „David“ hatte man das Boot der nordamerikanischen Südpazif, wahrscheinlich weil man 1862 in Mobile erbaute Boot gekauft, wahrscheinlich, weil man hoffte, es würde die „Goliath“ der nordstaatlichen Blockadeflotte vernichten. Und nach mancherlei mißglückten Fahrten, die das Vernichten vieler Papieren kosteten, hat dieses älteste bekannte Unterseeboot in der Tat einen der feindlichen Wiesen vernichten können. Das kleine Schiff hatte Zigarrenform, war 11 Meter lang und aus Eisen gebaut; es besaß einen Kommandorturm mit Einsteigeöffnung und eine nur durch Handkraft zu bewegnende Propellermaschine, zu deren Bedienung 4 bis 8 Mann erforderlich waren, und die dem „David“ eine Fahrtgeschwindigkeit von 3 bis 4 Meilen geben konnte. Als Waffe diente ein an einer sechs Meter langen Stange befestigtes Torpedo, das unter Wasser unter den Schiffsrumpf des

Dem Polizeikampf gegen die Prostitution.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß in der jetzigen Zeit alles getan werden muß, um die Verbreitung venerischer Krankheiten besonders unter den Eingezogenen möglichst zu hindern. Da die einberufenen Wehrpflichtigen meist in Großstädten Quartiere beziehen müssen, erscheint es auch gerechtfertigt, daß hier besondere Maßnahmen ergriffen werden. Unseres Erachtens kann es sich aber dabei in erster Linie nur um Maßregeln handeln, die an sich sanitär wirken. Vor allem dürfen sie nicht zu Belästigungen breiterer Kreise der Bevölkerung führen. Die bisherigen Erlasse des Berliner Polizeipräsidenten entsprechen diesen Forderungen nicht. Der erste Erlaß v. Jagotski weist bekanntlich die Polizeibeamten an, auf "verdächtige Frauenpersonen" zu achten und alle weiblichen Personen, die sich in der Öffentlichkeit (Straßen, Lokalen usw.) auffallend und herausfordernd benehmen, unnoch-sichtlich ohne Ansehen der Person festzunehmen". Da diese Feststellung im wesentlichen den unteren Polizeiorganen überlassen bleibt, kann dieser Erlaß sehr leicht zu Mißgriffen schlimmster Art führen. Wir möchten bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß vor mehreren Jahren ein Verbot, bestimmte Straßen in der Abendzeit nicht zu betreten, zur Verhaftung einer Hofdame führte, was erfreulicherweise die Aufhebung des ganzen Verbots zur Folge hatte. Es bleibt ferner zu bedenken, daß die Polizisten wohl auch auf Anzeige von dritter Seite gegen verdächtige Frauen einschreiten werden, und damit wäre der Denunziation hohlstafter oder zimperlicher Personen gegen völlig Unschuldige Tor und Tür geöffnet.

Die polizeiliche Anordnung wird dadurch um nichts besser, daß sogar Zivilpersonen mit ihrer Durchführung betraut werden. Denn darauf läuft ein zweiter Erlaß hinaus, der den Lokal-inhabern die Pflicht auferlegt, unter keinen Umständen Prostituierten den Aufenthalt im Lokal zu gestatten. Die Furcht, dem Polizeierlaß zu wider zu handeln, wird hier erst recht leicht zu unnötiger Belästigung von Gästen führen. Den Wirten wird es außerdem viel schwerer fallen, wirkliche Prostituierte zu erkennen, als den Polizeibeamten, die berufsmäßig mit der Kontrolle betraut sind.

Am unangenehmsten muß schließlich der dritte bekanntgewordene Erlaß des Polizeipräsidenten wirken, der die Entlassung von schlichten Kellnerinnen in den Anmischerkneipen erzwungen hat. Nach Mitteilungen der bürgerlichen Presse sind davon nicht weniger als 700 derartiger Lokale mit rund 2000 Kellnerinnen betroffen worden. Alle diese Frauen stehen jetzt plötzlich stellunglos auf der Straße. Bei der herrschenden großen Arbeitslosigkeit wird es ihnen sehr schwer fallen, sofort eine neue Beschäftigung zu finden und es ist leicht möglich, daß sie zu einem Teile die Straßenprostitution vermehren helfen. Der Erlaß könnte dadurch gerade die entgegengesetzten Wirkungen hervorrufen, als die er beabsichtigte.

Wir glauben nicht, daß sich selbst durch noch so scharfe Maßregeln in Kriegszeiten erreichen läßt, was man auch in Friedenszeiten trotz aller Vorschläge und Maßnahmen nicht hat erzielen können. Die Prostitution ist so sehr die Folge unserer ganzen sozialen Verhältnisse, als daß sie plöglich durch Polizeiverordnungen beseitigt werden könnte. Entsprechende Aufklärung unter den Wehrpflichtigen über die Gefahren der Prostitution und über Schutzmittel gegen venerische Ansteckung, angemessene Unterhaltung und Verpflegung für die Soldaten werden die einzigen Mittel sein können, um den Gefahren der Prostitution in etwas zu begegnen. Andererseits sollten bordenbüchliche Maßnahmen getroffen werden, um nicht neue tausende erwerbsloser weiblicher Personen der Prostitution in die Arme zu treiben.

Aus Groß-Berlin. An den Pranger!

Vor uns liegen eine Reihe von Briefen, in denen Hausbesitzer ablehnen, die Miete zu künden. Wir veröffentlichen einige derselben. Der Stadtbürgermeister Ferdinand Knorr aus Schöneberg, Hauptstr. 36, befragt u. a. in Reinickendorf ein Haus in der Graf-Hoefeler-Str. 5. An einen Mieter richtet er das Ersuchen um Mietzahlung. Ihm wird mitgeteilt, der Mieter ist zur Fahne einberufen. Die Bitte der Frau, ihr Nachlaß zu gewähren, lehnt er ab und fügt hinzu:

Im übrigen möchte ich Ihnen empfehlen, sich an den Gemeindevorstand in Reinickendorf zu wenden, mit dem Ersuchen, die Miete für Sie zu zahlen. Die Einzugsung Ihres Mannes liegt nicht in meinem Interesse, sondern lediglich in Interesse der Gemeinde und des Staates, folgedessen sie auch für die Zurückgebliebenen einzutreten haben. Ich glaube sicher, daß Sie mit Ihrem Antrage Erfolg haben werden.

Dies Schreiben datiert vom 14. August. Am 19. bereits mahnt er an Mietzahlung und teilt mit, daß er keinesfalls Stundung gewähren werde.

Auf das Stundungsersuchen der Frau eines anderen Mieters, der zum Kriege einberufen ist, schreibt er:

Bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 18. und teile Ihnen zu meinem Bedauern mit, daß ich Ihnen die Miete, bis Ihr Mann eben zurückkommt, nicht künden kann. Ich würde Ihnen empfehlen, daß Sie sich an den Gemeindevorstand in Reinickendorf wenden und ihn ersuchen, die Miete für Sie zu zahlen. Es ist bedauerlich, daß der Mann aus der Arbeit genommen worden ist, nicht aber in meinem Interesse, sondern im Interesse des gesamten Vaterlandes. Schon aus diesem Grunde ist die Gemeindeverwaltung bzw. der Staat verpflichtet, für die Zurückgebliebenen einzutreten. Ich glaube und bin überzeugt, daß Sie mit Ihrem Antrage bei der Gemeindeverwaltung die nötigen Unterstützungen finden werden.

Unter dem 19. mahnt der Wirt, innerhalb drei Tagen zu zahlen, sonst würde er das Gericht in Anspruch nehmen.

Ein anderer Hausbesitzer Alexander Herzfeld, Bankgeschäft für Hypothek und Grundbesitz, Linienstr. 35, befragt das Haus Kochmannstr. 38. Ein Mieter hat für die Augustmiete einen Teil gezahlt, ist noch mit einem Teil im Rückstand und erwartet die Einberufungsborder. Seit 8 Jahren wohnt er im Hause und hat stets gezahlt. An ihn schreibt der Hauseigentümer unter dem 21. August:

Da Sie sich Arbeit verschaffen können, und das dennoch nicht tun, sehe ich mich genötigt, Ihnen eine Frist zur Zahlung Ihrer Miete bis zum 24. d. M. zu stellen, nach deren fruchtlosem Ablauf ich mich genötigt sehen werde, mit aller Schärfe gegen Sie vorzugehen.

Mögen die beiden Herren Hausbesitzer klagen. Die Klage gegen die zur mobilen Armee Einberufenen muß unterbrochen werden. Ein Ermittlungsurteil oder überhaupt ein Urteil darf nicht ergehen. Die Klagen gegen die Frauen dürfen ebenfalls zu unter-

brechen sein, zum mindesten hat in diesem Fall, wie in dem letztangeführten, der Richter das Recht — und wird dies Recht wohl als Pflicht auffassen — Zahlungsfreiheit bis zu drei Monaten zu gewähren und das Ermittlungsbegehren abzulehnen.

Feldpostbriefe.

Zahlreiche im Felde Stehende hatten in ihren Briefen an Angehörige darüber geklagt und sich beunruhigt, daß sie von ihren Lieben in der Heimat keine Nachrichten erhielten, trotzdem diese fast täglich geschrieben hatten. Das lag zum Teil daran, daß der Postweg aus der Heimat durch die Truppenverrückungen erschwert war, zum anderen auch daran, daß erklärlicherweise die Feldpost sich noch nicht genügend eingearbeitet hatte. Seit einigen Tagen wird die Auslieferung der Briefe an die im Felde Stehenden beschleunigt; alle noch rückständigen Briefe und Karten werden nachträglich abgeliefert. Auch ist Vorfrage getroffen worden, daß der Feldpostdienst, soweit es irgend möglich ist, dauernd verbessert wird.

Untaugliche Mittel für einen guten Zweck.

Die Sammlungen für das Rote Kreuz werden mit großem Eifer betrieben. Und einerlei, um welchen Zweck es sich auch handeln möge: um die Verwundetenpflege oder um die Unterstützung notleidender Zurückgebliebener — wer etwas erbringen kann, gibt freudig und gern. Je umfassender und zielbewusster diese Sammlungen organisiert werden, desto besser. Natürlich fordern wir Sozialisten vom Staate, daß er in allererster Linie für alle Opfer des Krieges ausreichend sorgt, denn das ist seine erste, selbstverständliche Pflicht. Aber wenn darüber hinaus auch dem Opferinn des Publikums Gelegenheit zur Betätigung gegeben wird, so ist dagegen auch nicht das geringste einzuwenden. Zumal ja unser staatliches System zur Ausbringung der öffentlichen Lasten, wie wir aus unserer Steuerpolitik nur zu genau wissen, die Substituierten und Leistungsfähigen keineswegs in ausreichender, den Grundfähigen der Gerechtigkeit entsprechender Weise finanziert.

Wenn also jetzt die Besiegten aus eigenem Antriebe von ihrem Ueberfluß für die Opfer des Krieges spenden wollen, so soll ihnen das sicherlich unbenommen bleiben. Aber auch den Proletariern, die von ihren lärglichen Mitteln noch einen Teil für das Wohl der Allgemeinheit opfern wollen, soll das keineswegs verwehrt werden.

Nur sollte man sich hüten, bei den Sammlungen für das Rote Kreuz zu falschen Mitteln zu greifen, denen auf die Dauer nicht nur der Erfolg versagt bleibt, sondern die schließlich Verrugnis erregen müssen. So hat man zu der mehr als zweifelhaften Praxis gegriffen, auf den Straßen und namentlich auf der Straßenbahn Passanten und Publikum mit der Sammelbüchse zu überfallen. Der aufdringliche Unfug der Blumentage erlebt hier eine verschleimte Auflage.

Bedenkt man denn gar nicht, in welcher peinliche Situation man dadurch Personen bringt, die aus eigener bitterer Bedürftigkeit die Spende verlagern müssen, während die besser situierten Wagen-genossen, die ohne jede Schwälmerung ihres statlichen Erats ihren Nidel oder auch ihre Silbermünze in den Spalt der Sammelbüchse schieben, die vermeintlichen Drücker noch mit verächtlichem Seitenblick strafen? Dabei ist es uns schon begegnet, daß auf einer einzigen Tour nicht weniger als sieben Sammler des Roten Kreuzes — meist junge Leute — die Wageninsassen zu brand-schlagen suchten.

In den letzten Tagen haben wir übrigens verschiedentlich erlebt, daß solche Sammler auch nicht einen einzigen Nidel in einem Wagen erhielten, der fast ausschließlich mit sogenanntem „gutem“ Publikum voll besetzt war. Selbst die Vetterstuierten sind also dieser Art der Vertreibung von Liebesgaben bereits überdrüssig geworden.

Man verzichte also lieber auf diese sportmäßige Art des Sammelns, die ebenso unerquicklich wie unergiebig ist!

Ankunft der Verwundeten in Berlin.

Verwundetentransporte trafen gestern im Laufe des Tages ein und zwar aus dem Wehrer Bahnhof, dem Ostbahnhof und dem Schlesischen Bahnhof. Es handelt sich um Verwundete von der Ostgrenze. Wagen von Krankentransportgesellschaften, vom Roten Kreuz, vom Verband für erste Hilfe, aber auch eigens zu diesem Zweck hergerichtete Postwagen usw. standen in großer Zahl bereit. Sobald ein Zug einlief, wurden zuerst die Verwundeten, die Beinverletzungen und dergleichen hatten, so daß sie selbst nicht mehr gehen konnten, mit Tragebahren in die Wagen gehoben. Die Transporte gingen nach fast allen Krankenhäusern, nach der Charité, der königlichen Klinik, dem Augustahospital in der Schornhorststraße, dem Landwehrkasino am Zoo usw. In den Krankenhäusern wurden sofort die Verbände geprüft und, wo es sich als nötig erwies, sofort erneuert. Neben deutschen Soldaten, die auf dem Schlachtfelde verwundet worden waren, kamen auch russische Verletzte an. Sie wurden nach dem Garnisonlazarett in der Schornhorststraße gebracht. Ihre Bekleidung ließ sehr viel zu wünschen übrig.

Eine billige Reklame

betreibt der Juwelier und Goldschmiedemeister H. Freundlich, Große Frankfurter Str. 127. Die „Berl. Morgenpost“ veröffentlichte vor einigen Tagen folgende von Herrn Fr. stammende Notiz: „Verpflichte mich, an denjenigen Mann, der die zweite Fahne von Russland, auch demjenigen von Frankreich sowie von England erobert, 50 M. in bar zu zahlen.“

Mancher Leser wird nicht recht verstehen können, weshalb wir an dem Bezugsgegen des Herrn Freundlich, Prämien für erbeutete Fahnen anzusehen, Anstoß nehmen können. Nun, wir würden eine solche geschmacklose Geschäftsklame mit einigen Bemerkungen abtun, wenn nicht gerade Herr Freundlich es wäre, der sich in patriotisch-generöser Weise zeigte. Es ist nämlich derselbe Herr Freundlich, über den wir in unserer Nummer vom 28. Mai eine Notiz veröffentlichten, worin ein zwischen ihm und seinem Haus-faktotum abgeschlossener Vertrag wiedergegeben war. Nach diesem Vertrag erhielt dieses Faktotum, das Portier, Nachwächter, Schloffer, Maler, selbst Messingputzer zugleich sein mußte, 50 M. Monatsgehalt nebst freier Wohnung, bestehend aus Stube und Küche im Keller des Gartenhauses. Und zu alledem hatte das Hausfaktotum noch 50 M. Kautions zu leisten. Wir müssen uns wirklich wundern, daß Herr Freundlich jetzt so leicht sein Geld für erbeutete Fahnen ausgeben will, während er noch vor drei Monaten für 50 M. von einem Manne fast Uebermensliches verlangte.

Unterstützung der notleidenden Russen.

Wolffs Bureau gibt bekannt: Zur Behebung der schweren Notlage, in der sich zurzeit zahlreiche im Deutschen Reich aufhaltende Russen befinden, sind in den Räumen der Deutschen Bank im Beisein von Vertretern der zuständigen Reichs- und Staatsbe-

hörden zwei aus Deutschen und Russen bestehende Komitees gebildet worden. Das eine Komitee soll unter den hier befindlichen wohlhabenden Russen eine Sammlung veranstalten, das andere aus den zusammengebrachten Mitteln arme Russen unterstützen.

Was tut die Gemeinde Adlershof zur Steigerung der Kriegsnot?

Während in allen Gemeinden Groß-Berlins Maßnahmen getroffen werden, um die durch den Krieg hervorgerufene Not zu lindern, scheint die Gemeinde Adlershof eine unruhliche Ausnahme hiervon zu machen. Es wurde zunächst beschlossen, den Angehörigen der Kriegsteilnehmer neben der vom Reich und Kreis gewährten Unterstützung in außerordentlichen Fällen eine solche auch von der Gemeinde zu zahlen. Unsere dortigen Genossen hatten ferner beantragt, die Arbeitslosen ebenfalls zu unterstützen, sie schlugen vor, 3—12 M. wöchentlich zu geben, außerdem für jedes Kind 1 M. extra. Die Kommission hatte diesen Vorschlag einstimmig angenommen und empfahl ihn der Gemeindevertretung zur Annahme. Ein Vertreter der Haus- und Grundbesitzer, Herr Kruse, erhob gegen den Vorschlag der Kommission Einspruch, obwohl derselbe in der Kommission dafür gestimmt hatte. Er verlangte, daß mit der Arbeitslosenunterstützung eine solche für notleidende Hausbesitzer verbunden sein müsse, ohne letztere würde er auch nicht für die Unterstützung der Arbeitslosen sein. Den Hausbesitzern gebe es in den meisten Fällen schlechter als den Arbeitslosen. Der Fabrikbesitzer Luhe forderte, daß genau geprüft werde, wer gewerkschaftlich organisiert sei, die von der Gewerkschaft gezahlte Unterstützung müsse unter allen Umständen in Anrechnung gebracht werden. Die Nichtorganisierten seien sonst im Nachteil. Die Stellungnahme dieses Herrn ist zu verstehen, wenn man bedenkt, daß vor nicht allzu langer Zeit bei der Firma Luhe ein Streik ausbrach, weil von den dort beschäftigten Arbeitern der Austritt aus ihrer Organisation verlangt wurde. Unter Redner gab beiden Parteien die verdiente Abfuhr. Und da letztere sachlich nichts gegen diese Ausführungen zu erwidern wußten, warfen sie mit Schmutz auf die organisierten Arbeiter und ihre Vertreter. Während der Gemeindebesitzer den bürgerlichen Vertretern ohne Unterbrechung gestattete, unsere Genossen auf geblöckliche zu beleidigen, änderte er seine Taktik, als unser Redner an der Hand von Beispielen nachweisen wollte, daß gerade zahlreiche Unternehmer Wohltätigkeit nur auf Kosten der Arbeiter üben.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Dienstagmittag: Etwas wärmer, zunächst ziemlich heiter, später wieder fortschreitende Zunahme der Bewölkung, im Osten etwa bis zur Oder hin und längs der Küste an den meisten Orten etwas Regen.

Nach langem Leiden verstarb Sonnabend, mittags 12 Uhr, mein lieber Mann, der Gastwirt

Rudolf Spranger
im 68. Lebensjahr.

Anna Spranger
geb. Pöppner.
Bolliner Str. 64.

Die Beerdigung findet Dienstag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle der Pioniergemeinde Nordend statt.

Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements
fertigt schnell und billig **Paul Gross**, Lindenstr. 69, Tel. Rpl. 7203

Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 58.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Änderungen sofort.

Konsumverein Leipzig-Plagwitz und Umg.

(G. G. u. S. G.)
Wir suchen zum baldigen Eintritt (möglichst am 1. Oktober 1914) einen erfahrenen

tüchtigen Genossenschaftler,

der als Vorstandsmitglied die Stelle des **Geschäftsführers** der Manufaktur- und Schnittwaren-Abteilung einzunehmen hat. Geeignete Personen wollen ihre Bewerbung mit Angabe ihrer bisherigen Wirksamkeit und der Gehaltsansprüche mit der Aufschrift: „Bewerbung als Vorstandsmitglied“ spätestens bis **Montag, den 7. September 1914**, an den Vorstehenden des Ausschusses Herrn **Karl Krüger**, Leipzig-Kleinwachser, Bahnhofsstr. 18 II, einreichen.

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstraße 69.

Feldbrief-Mappe

5 vorschriftsmäßig bedruckte Feldpost-Briefumschläge nebst Briefbogen sowie 5 Feldpost-Karten.

Preis 10 Pf.

Diese Feldbrief-Mappe ist in allen Vorwärts-Ausgabestellen zu haben.

Spezialarzt

f. Geschlechtskrankheiten, Harnleiden, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen.
Institute:
Dr. med. Karl Reinhardt
Neanderstraße 12 nahe d. Köpenicker Straße.
Sprechst. 5—7, Sonntags 10—11.
Potsdamer Str. 117 a. d. Lützowstr., Sprechst. 1/2—11-2 u. 1/2—1/2 U. abds., Sonnt. 11-1

Pür Frauen: 11—1 Uhr.
Nachweislich vollkommenes Heilverfahren. Vorzügl. Dauererfolge, auch bei schwersten, veraltetsten Fällen. Keine Beruhigung. Mäßige Preise. Teilzahlung gestattet.

Man verlange im eigenen Interesse 48 Seiten starke Broschüre gratis und franko per Post i. verschloss. Kuvert, auch i. d. Institution während d. Sprechst. gratis erhält. Weitere Ankünfte i. d. Sprechstund. kostenlos. vor minderwert. Heilverfahren u. ungehauerlicher Preisforderung angeblicher Spezialisten.

Warnung
Ehrlich-Hata-Kur (ohne Beruhigung) nach neuester, erfolgreichster Methode. (Siehe Broschüre.)
Mikroskop, und chem. Blut- und Harn-Untersuchung.

Inseratenteil veranm.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vornort's Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.